

Arbeitslosigkeit wird zur Chefsache

ADEM Pilotprojekt im Süden soll Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben

Nico Wildschutz

Die Hälfte der Menschen, die durch die Türen der ADEM schreiten, sind Langzeitarbeitslose. Arbeitsminister Nicolas Schmit macht nun das Problem zur Chefsache und will dem Schicksal der Betroffenen durch ein Pilotprojekt im Süden auf die Sprünge helfen.

„Je länger jemand arbeitslos ist, desto schwieriger wird es, eine Arbeit für ihn zu finden“, bedauerte kürzlich Isabelle Schlessler, Direktorin der ADEM. Arbeitsminister Nicolas Schmit verglich die Arbeitslosigkeit gar mit einer Krankheit, die geheilt werden müsse, bevor sie chronisch wird.

Auch wenn die Regierung gute Zahlen vorweisen kann und die Arbeitslosigkeit seit über zwei Jahren rückläufig ist, bleiben die Langzeitarbeitslosen auf der Strecke. Es handelt sich hierbei um Menschen, die seit mehr als zwölf Monaten darauf warten, endlich einen Arbeitsvertrag unterschreiben zu können. Sie machen die Hälfte aller Arbeitslosen in Luxemburg aus.

Schmit macht die Problematik nun zur Chefsache. Sein Ministerium startet im Süden des Landes ein Pilotprojekt, bei dem die Gemeinden eine wichtige Rolle spielen werden. Er hatte sein Vorhaben schon vor einigen Wochen angedeutet, wollte aber nicht konkreter werden.

Mehr in die Arbeit investieren

Gestern traf er dann die Vertreter von Pro-Sud, einer Vereinigung von elf Gemeinden aus dem Süden, um ihnen sein Projekt vorzustellen.

Die Idee: Im Süden sollen von den Gemeinden Jobs speziell für Langzeitarbeitslose geschaffen



Foto: Edipress/Isabella Finzi

Dass es etwas teurer werden könnte, dürfe laut Nicolas Schmit keine Rolle spielen: „Es geht um Menschen“

werden. Der Staat wird die Jobs bezuschussen, „anfangs möglicherweise bis zu 100 Prozent“, um dann nach und nach die Hilfe abzubauen.

Die Philosophie von Nicolas Schmit: „Anstatt die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, werden wir in die Arbeit investieren.“ Er gab zu, dass ein Einkommen „etwas teurer“ ist als Arbeitslosengeld, man müsse aber hier bedenken, dass es um Menschen gehe. „Wir wollen den Menschen nicht irgendeine Beschäftigung geben, wir wollen ihnen einen richtigen Job besorgen“, so Schmit. Es sei eine Frage der Würde der Betroffenen.

Dass das Pilotprojekt gerade im Süden gestartet wird, ist kein Zu-

fall. Ein Großteil der Langzeitarbeitslosen kommt aus der Region. Das bedeute aber nicht, dass andere Gemeinden nicht teilnehmen können, unterstreicht der Arbeitsminister. Es sei nur organisatorisch einfacher gewesen, in einer ersten Phase das Projekt mit weniger Gemeinden zu diskutieren.

Angemessene Bezahlung

Die Gemeinden selbst sind laut Nicolas Schmit nicht abgeneigt, ganz im Gegenteil. Dan Biancalana, Präsident von Pro-Sud und

Bürgermeister von Düdelingen, freute sich jedenfalls, dass man ihn und seine Kollegen von Anfang an in das Projekt mit einbeziehe. Auf die Gemeinden kommt nun auch ein Großteil der Arbeit zu. Sie müssen Jobs identifizieren und melden, die geschaffen werden können und gut zum Profil eines Langzeitarbeitslosen passen würden: also Jobs für ältere Menschen und für Menschen mit niedrigem Bildungsstand.

Die Betroffenen sollen dann eine Bezahlung bekommen, die ihrer Arbeit angemessen ist. So stellt Schmit es sich jedenfalls vor. „Wenn die Stelle nicht im Rahmen des Projektes erstellt wird und die Bezahlung höher ist

als der Mindestlohn, dann sollen auch die durch das Projekt geschaffenen Arbeitsplätze besser bezahlt werden.“ Es soll auch verhindert werden, dass die geschaffenen Jobs zulasten der Privatwirtschaft gehen. Es gehe ja nicht darum, an einer Stelle anzubauen, während an einer anderen abgebaut wird, so der Arbeitsminister.

Nicolas Schmit will einen Gesetzesentwurf zum Projekt ausarbeiten. Wann dieser stehen soll, ist noch unklar. „Noch dieses Jahr“, meinte er. „Vielleicht sogar früher.“ Laut seinem besten Szenario könnten schon Anfang September die ersten Verträge unterschrieben werden.

Uni: Unnötige Sparmaßnahmen?

SEW/OGBL Gewerkschaft äußert Kritik

In einer Pressemitteilung zur Luxemburger Universität hält der SEW/OGBL fest, dass der Rücktritt von Rektor Rainer Klump wohl der „Höhepunkt“ der seit Wochen andauernden Budget-Diskussionen sei – es aber auch falsch wäre, Klump nun als alleinigen „Sündenbock“ darzustellen.

Das „Syndikat Erziehung a Wessenschaft“ der unabhängigen Gewerkschaft verweist u.a. auf die im Februar vorgestellten Resultate der externen Evaluierung der Uni (siehe „T“ vom 28. Februar), in der durch die Bank eher gute Ergebnisse zu Buche standen.

Der SEW/OGBL, laut Mitteilung die einzige in der Uni-Personaldelegation vertretene Gewerkschaft, ist vielmehr der Meinung, dass die aktuelle Situation eine allgemeine „interne Krise“ darstelle und durch folgende zwei Punkte begünstigt wurde: erstens eine „utilitaristische Herangehensweise“, die die Orientierung von Lehre und Recherche seit der Uni-Gründung 2003 dominiert und sich v.a. durch ein „Übergewicht“ des Luxemburger

Patronats im „Conseil de gouvernance“ ausdrücken würde sowie zweitens durch Mängel in puncto Transparenz und internem Sozialdialog. Nicht erbaut ist der SEW ebenfalls darüber, dass mit der Beratungsgesellschaft McKinsey ein Privatunternehmen damit beauftragt wurde, mögliche Pisten für Sparmaßnahmen zu identifizieren. Die Gewerkschaft geht auf einige der im Raum stehenden Vorwürfe und Zahlen ein: Scheinbar gäbe es ein „Loch“ von 26,8 Millionen Euro und McKinsey würde Sparmaßnahmen in Höhe von 19,7 Millionen vorschlagen.

„Du jamais-vu“

Sparmaßnahmen allerdings, „die das Bild einer Universität am Rande der Pleite“ abgeben würden ... wie z.B. einer Mitarbeiterbeteiligung an den Kaffee-Kosten in Höhe von 40 Cent pro Tasse. Der wesentliche Anteil der Einsparungen solle aber auf der Lohnmasse erzielt werden: 5,6 Millionen Euro, u.a. durch Einstellungsstopp oder auch das

Nicht-Verlängern von befristeten Verträgen. „Du jamais-vu dans l'histoire de l'Université“, schreibt der SEW. Anschließend legt das Syndikat dar, dass man seiner Meinung nach gar nicht von einem Defizit reden könne. Das Bilanzjahr 2016 sei mit einem Plus von 2,75 Millionen Euro abgeschlossen worden, das Budget 2017 sei im Gleichgewicht und zum 1. April 2017 würde die Uni über mehr als 17 Millionen Euro an Reserven verfügen.

Die erwähnten 26,9 Millionen Euro würden viel mehr die Differenz darstellen zwischen „einer erhofften Erhöhung der staatlichen Zuwendungen und der real erfolgten Dotation“. Ohne sich einer „realistischen Ausgabe-Politik“ zu verschließen, stellt sich der SEW/OGBL die Frage, ob das Volumen an Sparmaßnahmen tatsächlich nötig sei. clc



Weitere Informationen sowie parlamentarische Fragen zum Thema Uni und Budget auf www.tageblatt.lu

Ein gutes Jahr

JDL 69. Nationalkongress in Diekirch

Am Samstag luden die „Jonk Demokraten“ (JDL) zu ihrem 69. Nationalkongress nach Diekirch ein. Präsident Claude Schommer plädierte in seiner Rede u.a. dafür, sich für ein gestärktes Europa und einen erschwinglichen Wohnraum einzusetzen. Da das Exekutivkomitee für zwei Jahre beim letzten Nationalkongress gewählt wurde, standen am Samstag keine Wahlen an.

In seiner Rede ging JDL-Präsident Claude Schommer unter anderem auf die Erstarkung von rechtsextremen Bewegungen in

Europa ein. Er sieht vor allem junge Menschen in der Verantwortung, sich gegen diese Tendenzen aufzulehnen. „Es ist an uns, sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einzusetzen“, so Schommer, „eine Gesellschaft, die sich nicht für weniger, sondern mehr Europa ausspricht.“

Dazu will die JDL sich ihm zufolge für erschwinglichere Wohnräume engagieren. „Es ist nicht mehr tragbar, dass man mit 35, 40 Jahren noch zu Hause wohnen muss, ohne eine eigene Wohnung mieten oder kaufen zu können“, kritisierte der JDL-Präsident. Dementsprechend wollen sie künftig vermehrt auf „alternative Wohnmöglichkeiten“ setzen wie etwa Wohngemeinschaften.

Außerdem wies Schommer auf die Bedeutung von sogenannten „Pop-up-Stores“ für Innovation im Handwerk hin. Solcherlei Initiativen will die JDL künftig mehr fördern, und hofft auch, dass dabei die DP mitzieht. Insgesamt blickt die JDL auf ein erfolgreiches Jahr zurück und will bei den kommenden Kommunalwahlen im Oktober mit ihren vor allem an junge Menschen gerichteten Positionen punkten. mw



Archivbild: Isabella Finzi

Claude Schommer